

Die CDU/CSU erhielt vom Volk den Auftrag, die bewährte Politik fortzusetzen



Zum fünften Male hat die CDU/CSU eine Bundestagswahl gewonnen. Bundeskanzler Erhard wird erneut die Geschicke des deutschen Volkes leiten. Drei Punkte hat er zur Grundlage seiner Politik gemacht:

1. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist das oberste Ziel der Bundesregierung. Selbstbestimmungsrecht ist Richtschnur unserer Politik.
2. Die gesamteuropäische Politik wird auf bessere Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten gerichtet sein. Die bestehenden Ansätze sollen auf der Grundlage und unter Voraussetzung einer Respektierung des deutschen Volkes und seines Rechts auf Einheit intensiviert werden.
3. Die europäische Einigung wird von uns nachdrücklich angestrebt. Sie darf sich nicht auf wirtschaftliche Verpflichtungen beschränken, sondern muß zu einer politischen Zusammenarbeit führen.

Internationale Pressestimmen zum Ergebnis der Bundestagswahl 1965

The Guardian
(Großbritannien)

„Westdeutschland hat sich entschieden, daß nach 16 Jahren noch nicht die Zeit für einen Wechsel gekommen ist. Das Ergebnis ist ein persönlicher Erfolg für Dr. Erhard, der sich während der Wahlkampagne darauf konzentrierte, den Lobgesang der vergangenen Errungenschaften seiner Partei zu singen und auf die Gefahren des Risikos hinzuweisen, eine **siegende Mannschaft zu ändern.**“

Volkskrant
(Holland)

„Das Wahlergebnis wird von Eingeweihten als persönliches Drama für Willy Brandt betrachtet. Es wird nicht mehr für wahrscheinlich gehalten, daß man ihn in vier Jahren nochmals als Kandidaten für die Kanzlerschaft aufstellt. Seine Persönlichkeit erwies sich als nicht stark genug, um der SPD über ihr schwaches Programm hinwegzuhelfen und die rund drei Millionen neuen jungen Wähler zu begeistern.“

dezimiert worden, die dritte Partei hat ihre Existenz behauptet, der Extremismus ist, soweit er sich organisiert hat, bedeutungslos geblieben, und was die Rollenverteilung von Regierung und Opposition betrifft, **so bleibt alles beim alten und mit dem fünften Sieg derselben Partei geradezu schon herkömmlich.**“

Aftonbladet
(Schweden,

Gewerkschaftszeitung)

„Zweimal führte Willy Brandt seine Partei als Kanzlerkandidat, wobei deren Erwartungen sowohl 1961 als auch 1965 heraufgeschraubt waren. Nachdem Willy Brandt diese Erwartungen nicht erfüllte, ist er jetzt als Kanzlerkandidat verbraucht.“

Dagbladet
(Norwegen)

„Ludwig Erhard war volkstümlicher als seine Partei, die Sozialdemokraten waren populärer als Willy Brandt. Das sind die interessantesten Schlüsse, die man aus der Bundestagswahl ziehen kann.“

USA stark beeindruckt

„Präsident Johnson wird Bundeskanzler Erhard schon in den nächsten Tagen zu politischen Besprechungen nach Washington einladen. Das wurde in amerikanischen Regierungskreisen bekannt. Als Termin ist Anfang November vorgesehen. Amerikanische Regierungskreise erklärten jedoch, Erhard sei jederzeit willkommen, falls er dringende Gründe haben sollte, schon im Oktober nach den USA zu reisen. In seinem Glückwunschtelegramm zum Wahlsieg der CDU hatte Johnson betont, er hoffe auf eine baldige Gelegenheit, um mit Erhard die großen gemeinsamen Aufgaben beider Länder zu beraten.

▲ Das Vertrauensvotum, das Erhard bei den Bundestagswahlen erhielt, hat in den USA stark beeindruckt. Allgemein hatte man vorher erwartet, daß die CDU/CSU einige Bundestagsitze verlieren würde.“

Englischer Außenminister fordert Selbstbestimmungsrecht

Anläßlich seines offiziellen Besuches in Warschau setzte sich der britische Außenminister deutlich für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ein und bezeichnete die Spaltung Deutschlands als einen Reibungspunkt in Europa. Zur Oder-Neiße-Linie sagte er: Eine endgültige Grenzregelung müsse einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben.

L'Aurore
(Frankreich)

„Erhard ist jetzt ein Kanzler, der seine Macht nicht mehr dem Erbe zu verdanken braucht. Er ist ein blendend gewählter Regierungschef, dessen Politik von der Mehrheit der Nation gebilligt wurde. Diejenigen, die Erhard als einen Interimskanzler betrachteten, müssen es hinnehmen, daß die Wähler ihm eine dauerhafte und unbestrittene Autorität übertragen. Der Kanzler wird also die Hände frei haben, um seine Regierung umzubilden, wie er es will, um seiner Partei eine Einheit aufzuprägen, die einst gefährdet war, und um eine Politik fortzusetzen, die vor allem auf der atlantischen Allianz beruht.“

Il Messaggero
(Italien)

„Alles in allem haben die deutschen Wähler gesund gehandelt. Sie haben Abenteurer rechts- oder linksextremer Richtung abgelehnt und in einer Periode der internationalen Krise die Reihen um die Mehrheitspartei geschlossen. Der Sieg Erhards kann bedeutsame Auswirkungen auf die europäische und die atlantische Politik haben.“

Tagesanzeiger
(Schweiz)

„Die Erwartungen der CDU/CSU wurden weit übertroffen, die Blühträume der SPD sind in keiner Weise gereift, die bescheidenen Hoffnungen der FDP haben sich einigermaßen erfüllt. Für die Sozialdemokraten wurde die Wahl trotz Stimmengewinnen in Wirklichkeit zur großen und vermutlich schwerwiegenden Niederlage.“

Neue Zürcher Zeitung
(Schweiz)

„Die parteipolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sind durch einen beachtlichen Grad von Stabilität gekennzeichnet. Diese Feststellung drängt sich als erste auf bei der Bewertung des Ausgangs der Bundestagswahlen. Vor allem, wenn man ihn an den voreiligen Prognosen und Erwartungen großer Schwankungen und Veränderungen mißt, die in diesem Wahlkampf in Umlauf waren. Die Bäume der Linken sind nicht in den Himmel gewachsen, das Regierungslager ist nicht

Erfahrungen mit Lenin

Ein russischer Sozialdemokrat zieht Bilanz der Sowjetpolitik

Obwohl Lenin und die sowjetische Oktoberrevolution des Jahres 1917 das Weltgeschehen ähnlich tiefgreifend beeinflusst haben wie vergleichsweise Mohammed und der Islam, sind nur die großen historischen Fakten bekannt, nicht aber, wie sie zustande gekommen sind. Was in den sowjetischen Archiven steckt, bleibt den Historikern verschlossen. Die sowjetische Geschichtsschreibung aber ist zweckgebunden, ist — überspitzt ausgedrückt — darauf ausgerichtet, Legenden und Mythen zu bilden. Bestes Beispiel: Stalins Rolle im Krieg und in der Politik.

Zu diesen wenigen gehörte der unlängst verstorbene Raphael R. Abramowitch, einer der führenden Männer der russischen Sozialdemokratie. Er wollte, wie seine Partei, das alte Rußland ebenfalls revolutionieren, aber nicht im kommunistischen Sinne. Die Menschewiki, denen Abramowitch zuzurechnen ist, waren Sozialrevolutionäre, und ihre Revolution vom Februar 1917 wurde von Lenin auf das erbitterteste bekämpft. Abramowitch geriet daher nach dem Oktober 1917 zwangsläufig in einen Gegensatz zu Lenin und den Bolschewisten überhaupt, und die Menschewiken wurden Anfang der zwanziger Jahre Zug um Zug, aber gründlich von den Bolschewiki zerschlagen.

Dahin hat Abramowitch, wie Sidney Hook es treffend formulierte, im Vorzimmer der bolschewistischen Revolution gesessen; wurde aber auch daraus vertrieben, stand auf der Erschießungsliste und hat es nur seinem Freunde Victor Adler, den Lenin überaus schätzte, zu verdanken, daß er in letzter Minute Rußland verlassen konnte. Bis zu seinem Tode lebte Abramowitch als Emigrant in Österreich, Deutschland — speziell Berlin — und zuletzt in den USA. Dort schrieb er im achten Jahrzehnt seines Lebens die „Sowjetrevolution“, die Bilanz seiner Erfahrungen im politischen Umgang mit Bolschewisten.

Auch wenn die erregendsten Kapitel und Vorgänge die beiden russischen Revolutionen beschreiben, die ein Vierteljahrhundert zurückliegen, so haben sie nicht das geringste an Frische und nicht an Aktualität eingebüßt. Dabei ist es ein seltsames Phänomen, wie Abramowitch, und nicht er allein, schon damals sehr genau sah, daß ein Zusammenarbeiten mit den Bolschewisten im Grunde nicht möglich ist, weil es von ihnen skrupellos zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt wird, weil sie nur so lange korrekte Partner sind, wie es ihnen nützlich erscheint.

Abramowitch ist eigentlich ein Idealist. Begabt mit einem eminent klaren analytischen Verstand, sah er schon um 1920 voraus, daß das rücksichtslose Streben der Bolschewiki, die nach demokratischen Spielregeln nur eine kleine Minderheit waren, zur absoluten Macht

nur durch eine totale Unterdrückung der Mehrheit sich verwirklichen lasse.

Übrigens hatte Lenin schon im September 1917 in einem Artikel seine Methoden aufgedeckt...: „Rußland wurde nach der Revolution des Jahres 1905 von 130 000 Gutsbesitzern regiert... und da sollen 240 000 Mitglieder der Partei der Bolschewiken nicht imstande sein, Rußland zu regieren?“

Wohin das führte, hat Rosa Luxemburg treffend geschildert: „Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets (den Parlamenten) immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“

Innerpolitische Koexistenz unmöglich

Abramowitch macht klar, daß eine innerpolitische Koexistenz, obwohl es dieses Wort damals nicht gab, mit den Sowjets nicht möglich war. Gestützt auf seine Erfahrungen und sein einzigartiges Wissen um die inneren Gesetze, nach denen die sowjetische KP angetreten ist, untersucht er die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der übrigen Welt. Er sieht keine Ansätze für einen inneren Wandel im Kreml, auch wenn an Stelle der stalinistischen Ein-Mann-Herrschaft die von Chruschtschow eingeleitete kollektive Führung getreten ist. Denn es gibt heute in Rußland noch nicht einmal jene, wenn auch begrenzten Freiheiten, wie sie unter Lenin selbstverständlich waren.

Letztlich ist alles, auch was jetzt in der UdSSR geschieht, auf Lenin zurückzuführen. Doch wer und wie Lenin war, ist aus sowjetischen Darstellungen nicht zu entnehmen, die ihm mythologisch verkleiden. Der aus Wien stammende Stefan T.

Possony, heute Professor der Pennsylvania- und der Stanford Universitäten, war in die glückliche Lage versetzt, die in der amerikanischen Hoover-Institution lagernden Akten der zaristischen Geheimpolizei, der Ochrana, neben zahllosen anderen Quellen auswerten zu können. Das Ergebnis ist eine verblüffende Sammlung von Fakten über Lenin, aber nicht nur über ihn, sondern auch über andere führende Bolschewisten und europäische, speziell deutsche Politiker, die Lenins Weg zur Macht in Rußland beeinflusst haben. Possony sieht Lenin als einen Mann, der nach Macht und Organisation strebte. Er zerstörte das zaristische Rußland, um selbst die Macht zu ergreifen. Possony ist auch überzeugt, daß Lenin — wäre er gesund und länger am Leben geblieben — den Kommunismus zum Funktionieren und das bolschewistische Rußland in eine konstruktive und andere Richtung, als seine Nachfolger es taten, hätte bringen können.

In Deutschland anfangen!

Hauptvorstand der CDU der sowjetisch besetzten Zone (Exil-CDU) tagte in Berlin

Der auf dem Parteitag in Saarbrücken neu gewählte Hauptvorstand der Exil-CDU hat heute in Berlin unter Vorsitz von Bundesminister Ernst Lemmer seine konstituierende Sitzung abgehalten. Er begrüßte den eindrucksvollen Wahlerfolg der CDU/CSU. Dieser Wahlerfolg ist auch eine verdiente Abfuhr für die SED und für die von ihr in der Ost-CDU eingesetzten Funktionäre, die sich in hetzerischer Weise in den Bundestagswahlkampf eingemischt haben.

Im Mittelpunkt der Erörterungen standen insbesondere die gesamtdeutsche Situation und

die Aufgaben, die sich daraus für die neue Bundesregierung ergeben. Nach einem Referat von Dr. Johann Baptist Gradl faßte der Hauptvorstand seinen Standpunkt folgendermaßen zusammen: An den Grundpositionen der Deutschlandpolitik muß festgehalten werden; es kann und darf keine Anerkennung der sowjetischen Zweistaatentheese geben. Von der neuen Bundesregierung wird erwartet, daß sie nach allen Seiten die deutsche Bereitschaft zur Entspannung und Verständigung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes deutlich macht. Eine dauerhafte Entspannung in Europa ist nur möglich auf

dem Wege über die Erfüllung des deutschen Verlangens nach Einheit.

Mit Interesse wurde der Vorschlag einer Deklaration über die Unzulässigkeit der Einmischung in interne Angelegenheiten anderer Länder Kenntnis genommen, den der sowjetische Außenminister Gromyko vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gemacht hat. Die Glaubwürdigkeit dieses Vorschlages würde vor aller Welt vorzüglich erwiesen, wenn die Sowjetunion mit seiner Verwirklichung in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands endlich anfangen würde.

Deutsche Industrieausstellung 1965

In den Hallen und Pavillons sowie auf dem Freigelände waren auf einer Gesamtfläche von 88 000 Quadratmetern 918 Firmen, davon 505 aus Westdeutschland, 228 aus West-Berlin und 185 aus dem Ausland, mit ihren Erzeugnissen vertreten.

Weitere 36 afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Nationen nahmen an der großen Sonderschau „Partner des Fortschritts“ teil.

In weniger als 16 Jahren ist die Deutsche Industrieausstellung ein Bestandteil dieser Stadt geworden. Sie ist aber noch mehr: ein Spiegelbild des einzigartigen wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Trotz Chruschtschow-Ultimatum und Maueraufbau befindet sich die Wirtschaft Berlins heute im Gleichschritt mit der im Bundesgebiet. Der Weg bis zum heutigen Tage war dabei lang und schwer.

In den Industrieausstellungen spiegelt sich dieser wirtschaftliche Aufschwung in unserer

Stadt mit aller Deutlichkeit wider. In ihrer Funktion als Schaufenster der freien Welt ist sie zugleich seit Jahren Maßstab für den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt in der Bundesrepublik und der westlichen Welt, einmal abgesehen von dem Zusammenhörigkeitsgefühl, das durch die hohe Beteiligung der westdeutschen Industrie demonstriert wird.

So wie die Wirtschaft unserer Stadt heute mit anderer Zielsetzung arbeitet, so hat sich auch der bisherige Sinn der Industrieausstellung gewandelt. Jahr für Jahr den wirtschaftlichen Fortschritt der freien Welt zu demonstrieren, wird seit 1962 ergänzt durch einen neuen Schwerpunkt „Partner des Fortschritts“.

„Schaufenster der Welt“ und „Partner des Fortschritts“ — beide Funktionen ergänzen sich in geradezu idealer Weise. Nach wie vor ist die Schau unter dem Funkturm ein gültiges Leistungsbarometer, auf dem man

bis zur Wiedervereinigung die Erfolge unserer Stadt und der freien Wirtschaft des Westens ablesen kann. Dem Besucher aus den Entwicklungsländern bot sich zudem über Kontakt- und eigene Geschäftsmöglichkeiten hinaus die Möglichkeit, das zu begutachten, was eine freiheitliche Wirtschaftsordnung an Leistungen und Gütern hervorbringen imstande ist. Bei einem Blick über die Mauer in den anderen Teil Deutschlands wird er den entscheidenden Unterschied schnell herausfinden.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, 1 Berlin 42, Siebertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.